

Nie wieder ist Jetzt! Aus der Geschichte lernen

- für einen demokratischen Diskurs in einer offenen Gesellschaft für Rechtsstaatlichkeit und

- für eine wehrhafte Demokratie gegen ihre Feinde

Bericht des Sprechers Frank-Matthias Hofmann für die Mitgliederversammlung (MV) der Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland (LAGE) 2023/24 am 10.10.2024 im Rechtsschutzsaal Bildstock

Liebe Mitstreitende in der Erinnerungsarbeit,

ich freue mich, Ihnen und euch wieder einen Bericht als Sprecher der LAGE vorlegen zu können. Nach wie vor gestalte ich mit großer Freude diese Arbeit auf Landesebene mit, auch wenn das letzte Jahr - ähnlich wie zuvor in der Pandemiezeit - wieder große Herausforderungen brachte durch die Kriege in der Ukraine und den Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023. In der Folge kommt es ja nach wie vor bei uns in Deutschland und auch im Saarland zu Auseinandersetzungen, die auch vor der Erinnerungsarbeit nicht Halt machen.

Versuch einer inhaltlichen Zeitansage

Denn es stellt sich die Frage, was wir aus der Geschichte der Nazizeit in Deutschland gelernt haben - oder eben auch nicht. Das betrifft zum einen die Tatsache, dass viele Staaten dieser Erde und auch terroristische Vereinigungen, die länderübergreifend agieren, das Mittel einer enthemmten Gewalt auch gegenüber Zivilisten und ohne Beachtung bisher gültigen Kriege rechts, wieder ergreifen und keinerlei Hemmungen zeigen, wahllos Menschen für ihre Ideologie zu töten. Dass der Terror auch uns erreicht hat, zeigt die Bluttat von Solingen, die dem weiteren Erstarken reaktionärer Kräfte Vorschub leistet.

Wir sollten aber doch nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und zwei Diktaturen auf deutschem Boden - ohne beide in Form der Totalitarismus- oder Hufeisentheorie vergleichen zu wollen -, gelernt haben, dass Krieg nach Gottes Willen und um der Menschen willen nicht sein soll und unendliches Leid über Kinder, Erwachsene und alte Menschen bringt, das durch nichts zu rechtfertigen ist.

Aber auch Antisemitismus, Antiziganismus und gruppenbezogene -Menschenfeindlichkeit greifen immer weiter um sich. Die Verrohung der Gesellschaft können wir derzeit beobachten, vor allem die unsozialen Netzwerke tragen das ihre dazu bei. Rechtsradikale und -extremisten benutzen die neuen Medien wie tiktok unablässig und virtuos und verbreiten so Hass und Hetze im Netz, beeinflussen junge Menschen damit und sorgen für eine Radikalisierung der Ansichten, was schließlich auch in aktive mentale und körperliche Gewalt gegen Andersdenkende einmündet.

Wer sich fragt, wie Hitler und die Nazis sich Deutschland gefügig machen konnten, und auf die Anfänge dieser Entwicklung in der Weimarer Republik und ab 1930 schaut, kann unschwer Parallelen zu heute erkennen. Das Schlagwort „Wehret den Anfängen!“ kann

schon nicht mehr verwendet werden, weil wir die Anfänge schon lange überschritten haben, es ist 5 nach und nicht 5 vor 12!

Rechtsradikale Gedanken und entsprechendes Wahlverhalten haben sich in der Mitte der Gesellschaft eingenistet. Man sollte auch nicht mehr sagen, dass das alles Protestwähler:innen seien; wir müssen mit Bitterkeit feststellen, dass tatsächlich bis zu 20% der Bevölkerung in Deutschland rechtsradikale Einstellungen haben, entsprechende Umfragen und Untersuchungen gibt es ja zur Genüge. Es kann aber auch keiner mehr sagen, er habe von nichts gewusst, was hinter den rechten Ideologien steckt, denn es wird ja teilweise offen und unverblümt kommuniziert. Wir sollten nicht wieder den Fehler wie 1933 machen und derartig geäußerte Gedanken in ihrer Wirkmächtigkeit unterschätzen oder nicht ernst zu nehmen. Denn irgendwann werden Rechte diese Gedankenspiele in die Tat umsetzen wollen und dann kann man nur schwer dieses rollende Rad zurückdrehen.

Aus der Geschichte scheint man zu wenig oder gar nichts mehr gelernt zu haben. Oder kann man gar aus der Geschichte nur lernen, dass man nichts aus ihr lernen kann? Was gestern noch unsagbar schien, in den letzten Jahren dann als - ich zitiere - „politische Korrektheit von Gutmenschen“ - oder cancel culture von den Gegnern einer offenen Gesellschaft diffamiert worden ist, ist heute sagbar geworden - unter Angabe der Klarnamen im Internet und ohne Scheu, wieder rechtsradikales Gedankengut, das man doch wenigstens größtenteils überwunden glaubte, zu benutzen. Dabei wissen wir doch, wohin derartige Gedankengänge letztlich einmünden: in die Ausgrenzung von Menschengruppen, die angeblich nicht in einen einheitlich zu gestaltenden sog. „Volkskörper“ passen, die diskriminiert werden und wegen vermeintlicher Andersartigkeit eliminiert werden müssen. Die unsägliche Rede von der „Remigration“ spricht ja Bände. Auch in der NS-Zeit hat es die vermeintlich homogene „Volksgemeinschaft“ in Wirklichkeit nie gegeben! Wer die radikalen Gedanken, die bereits verschriftlicht vorliegen, überhören oder überlesen möchte, hat den Schuss wirklich noch nicht gehört.

In Bezug auf die AfD scheint die Strategie der Partei aufzugehen: In Kommunalparlamenten gelingt es ihr, mit mitunter vernünftigen Vorschlägen eine Art bürgerliche Koalitionen einzugehen. Es droht die Gefahr, damit über die Länderparlamente auch im Bundestag noch mehr Einfluss zu gewinnen, um zu erreichen, worum es ihr eigentlich geht, nämlich eine völkische Ideologie zu verbreiten und durchzusetzen, auch in konkretem Handeln. Das ist eindeutig demokratiefeindlich, die Gefahr eines autoritären Systems droht. Das muss doch jedem mittlerweile klargeworden sein! Von daher sollte die AfD in Gänze als rechtsextrem eingestuft werden, und nicht nur die Landesverbände in Sachsen und Thüringen. Diese Partei will den Umsturz weg von Demokratie und Rechtsstaat in der bisherigen Form, ist verfassungsfeindlich. Die Aussagen von Björn Höcke, dass er Teilen der Wirtschaft in Thüringen, die vor Feindseligkeit gegenüber Migrant*innen warnen, alles Schlechte wünsche, sagt doch eigentlich auch alles.

Zurecht haben wir unter dem politischen Schlagwort „Nie wieder ist jetzt“ eine Gegenbewegung initiiert, die seit dem letzten Jahr populär geworden ist und landauf landab im Munde geführt wird.

„Nie wieder ist jetzt“ ist eine Gegenreaktion auf das Erstarren rechter Parteien und rechter / rechtsextremer Ideen, sowie ein Bekenntnis zur Verantwortung und zur Verhinderung von Hass, Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung.

Die markanten Worte „Nie wieder ist jetzt“ erinnern daran, dass die Lehren aus der Geschichte nicht nur in Büchern verankert bleiben dürfen, sondern aktiv in unserer Gegenwart umgesetzt werden müssen. In einer Zeit, in der der Antisemitismus, Antiziganismus, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit und andere Formen des Extremismus wiederaufleben, gewinnt dieses Motto eine besondere Bedeutung. Es ruft dazu auf, entschlossen gegen jegliche Form von Unterdrückung und Intoleranz einzutreten und eine Kultur der Solidarität, des Respekts und der Vielfalt zu fördern.

„Nie wieder ist jetzt“ ist ein Zitat aus der deutschen Sprache, welches sich historisch auf den Holocaust im Zweiten Weltkrieg bezieht. In den 1930er- und 1940er-Jahren war das damalige Deutschland von einem starken Antisemitismus geprägt. Dieser ging so weit, dass Juden im Alltag zunächst benachteiligt und geächtet, später sogar auf grausame Art und Weise umgebracht wurden. Diese Phase gilt zurecht als dunkelstes Kapitel in der deutschen Geschichte. Sie ist eben gerade kein „Vogelschiss“ in der Geschichte, wie der frühere AfD-Chef Alexander Gauland sagte, sondern eine Zeit, die uns eine Lehre sein sollte und sensibilisiert, wann wir auf eine schiefe Ebene geraten, Menschen zuerst mit der Sprache ausgegrenzt werden, dann aus dem öffentlichen Leben, wo zuerst Bücher verbrannt werden - und dann Menschen, wie Heinrich Heine zurecht bemerkte. Wir in der Erinnerungsarbeit sind nicht gewillt zuzulassen, dass sich dies wiederholt und bringen mit „Nie wieder ist jetzt“ zum Ausdruck, dass wir die Bedrohung sehen, dass sich diese Phase zu wiederholen scheint.

„Nie wieder“ deutet aber darauf hin, dass eine Wiederholung nicht gewollt ist, hingegen meint „ist jetzt“, dass „Nie wieder“ im Prinzip hinfällig ist, da das eigentlich zu verhindernde Szenario vermutlich doch wieder eintritt (oder sich zumindest anbahnt).

„Nie wieder ist jetzt“ - damit wollen wir die Menschen wachrütteln und daran erinnern, aktiv zu werden und eine zweite Shoa oder ein sog. „Viertes Reich“ verhindern.

Woher stammt der Ausdruck „Nie wieder ist jetzt“?

Die Initiatoren des Mottos „Nie wieder ist jetzt“ sind die Kulturverantwortlichen in Frankfurt am Main und im Rhein-Main-Gebiet. Sie haben diesen Aufruf als Reaktion auf die zunehmenden antisemitischen Vorfälle verfasst, insbesondere in Anbetracht des Massakers vom 7. Oktober 2023 in Israel und des Terrorismus der Hamas, der weltweit antisemitische Propaganda und Gewalt ausgelöst hat. Ihr Ziel ist es, ein starkes Zeichen der Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft zu setzen und gleichzeitig gegen Antisemitismus und Extremismus in der Gesellschaft anzukämpfen.

Der Begriff „Nie wieder ist jetzt“ wurde dabei erstmalig im Rahmen einer Veranstaltung am Mainufer, am 10. Dezember 2023, verwendet. Eine Lichterkette entlang des Mainufers diente hier als symbolischer Akt der Unterstützung und des Widerstands gegen Hass und Diskriminierung von Juden und Menschengruppen im Allgemeinen.

Obwohl „Nie wieder ist jetzt“ eine wichtige Botschaft der Erinnerung und des Widerstands gegen Antisemitismus und Extremismus darstellt, kann es auch kritisch betrachtet werden. Denn das Motto wird zu oft als bloße Floskel verwendet, ohne konkrete Maßnahmen zur Verhinderung von Hass und Diskriminierung zu ergreifen. Wenn etwa in der Bundespolitik dieses Wort ständig im Mund geführt wird, aber gleichzeitig Mittel für Aussteigerprogramme für Menschen, die der rechtradikalen Ideologie anheimgefallen sind, gestrichen werden, oder Mittel für Gedenkstätten oder politische Bildung gestrichen werden, oder aber auch sinnvolle, gut laufende Projekte auslaufen gelassen werden und man wieder neu krampfhaft überlegen muss, wie man seine sinnvolle und wichtige Arbeit weiterfinanzieren kann - dann bleiben diese Worte leere Hülsen, denn man tut in der politischen Alltagspraxis das Gegenteil von dem, was man öffentlich behauptet. Wir in der Erinnerungsarbeit streiten auf Bundes- und Landesebene dafür, dass die unsägliche Projekteritis, die kontinuierliche, Legislatur übergreifende gute Arbeit behindert und manchmal auch nur der eigenen kurzatmigen parteipolitischen Profilierung dient, aufhört und sinnvolle Projekte gegen Rechts und für politische Bildung finanziell auskömmlich ausgestattet werden. Deshalb ist auch der an unsere MV gestellte Antrag von Frau Eulenstein vom Landesjugendring zur besseren Ausstattung der Förderung von Studienfahrten junger Menschen zu Gedenkstätten und Bildungsorten der Erinnerungsarbeit unbedingt zu unterstützen.

Zudem könnte es den Eindruck erwecken, dass die Lehren aus der Vergangenheit bereits vollständig umgesetzt wurden, obwohl Antisemitismus und rassistische Ideologien weiterhin existieren und bekämpft werden müssen. Hier gibt es aber nach wie vor viel zu tun. Deshalb gilt es, bei allem gemeinsamen Streiten unter diesem einigenden Label in breiten Bündnissen, das wir begrüßen, dennoch auf die Zwischentöne und auch auf die tatsächlich gezogenen Konsequenzen in der alltäglichen Praxis von Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu achten.

Aus den oben genannten Gründen haben wir uns auch dazu entschlossen, beim **Aktionsbündnis „Bunt statt Braun“** mitzumachen. Bei diesem ist es gelungen, was keinem anderen Bündnis bisher gelungen ist: nämlich ein Bündnis so breit wie möglich zu schaffen bzw. zu erhalten, denn es gibt dieses ja bereits seit dem NPD-Parteitag in Schafbrücke 2014, als auf Initiative des damaligen Schafbrücker evangelischen Pfarrers Jörg Metzinger es initiiert wurde. Breit deshalb, weil es gelingt, Einzelinteressen von Beteiligten nicht allzu sehr in den Vordergrund treten zu lassen, sondern das zu suchen, was viele rechts und links der Mitte verbindet. Es war deshalb für mich bewegend zu sehen, dass der großen Demonstration am 3. Februar 2024 auf dem Ludwigsplatz vorne an der Bühne die Antifa und direkt dahinter die Seniorenunion standen und gemeinsam sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde für jedermann einsetzten. Denn „Bunt statt Braun“ - um das einmal anzusprechen - versteht unter „Rechts“ Rechtsradikale und Rechtsextremisten jeglicher Couleur, nicht aber die CDU oder konservativ eingestellte Menschen. Dass dies am 3.2.24 gelungen war, zu zeigen bei der Beteiligung von 10.000 Menschen, war ein gutes Zeichen für die politische demokratische Kultur im Saarland.

Und ein zweites ist uns wichtig: Wenn auf manchen Demos gerufen wird „Ganz Saarbrücken hasst die AfD“, dann ist das nicht die Sprache von „Bunt statt braun“, denn wir sind gegen

Hass in jeder Form und wenn wir dagegen antreten, können wir nicht gleichzeitig andere hassen. Wir müssen hingegen versuchen, Menschen, die unzufrieden sind oder Protest wählen wollen, für die Demokratie zurückzugewinnen. Wir wollen positive Akzente setzen und so versuchen, die, die schwanken und nach rechts tendieren, aber für uns noch erreichbar scheinen, für den demokratischen Diskurs zurückzuholen. Die Uneinsichtigkeit sollte nicht verstärkt werden, sondern aufgeweicht werden, so schwer das auch manchmal zu sein scheint.

Und ich wiederhole zum Schluss noch einmal, was ich auf der großen Demonstration am 3. Februar 2024 als Redner formuliert habe - und was ein gutes Echo gehabt hat: „Die Pluralität der Mitte, das ist die Mehrheit. Die bisher zu schweigsame Mehrheit muss laut werden. In Zeiten in denen manches bisher Unsagbare wieder hoffähig gemacht wird von denen, die diesen Staat abschaffen wollen, die lieber braune Einheitssoße wollen anstatt bunter Vielfalt. Vielfalt bereichert. Uniformität macht dumm. Wir wollen bunt statt braun. Denn wir sind das Volk: wir, die Liebhaberinnen und Liebhaber des demokratischen Diskurses, die Mehrheit derer, die den Rechtsstaat, der für alle gleichermaßen gilt, verteidigen. Wir, die Mitte, die Mehrheit, setzen uns für Menschenwürde und Gerechtigkeit für alle ein. Die Mehrheit derer, die Menschen nicht einfach im Mittelmeer absaufen lassen wollen und sich nicht klammheimlich darüber freuen, wie das Rechtspopulisten und Rechtsextremisten tun. Wir, die Mehrheit, die es auch aushält, wenn es schwierige Zeiten gibt - wie jetzt, in Zeiten von Pandemie, Kriegen, und Terrorismus, drohender Spaltung der Gesellschaft. Die sich nicht wegduckten, wenn es zur Bewährungsprobe unserer offenen Gesellschaftsform kommt.

Denn wo führen Geschwafel von einer angeblichen uniformen Volksgemeinschaft, übersteigter Nationalismus und Rassenwahn hin? Das sieht man hier an der Ludwigskirche, eines der Wahrzeichen des Saarlandes: Bis auf die Grundmauern zerstört blieb kein Stein auf dem anderen. Folge des vom deutschen Rassenwahn vom Zaun gebrochenen Krieges. Folge der Ausgrenzung von angeblich unliebsamen Menschen. Folge der Ermordung von Juden, Sinti und Roma, Schwulen, Christen, Gewerkschaftern, sog. Asozialen und angeblichen Berufsverbrechern. Ja, wir Deutsche haben aus der Geschichte gelernt. Allen Unkenrufen zum Trotz. Darum stehen wir heute hier und sagen: Nie wieder!“

Auch wiederhole ich meine Wünsche:

- Ich wünsche mir von uns allen: Es reicht nicht, zu Demos und Kundgebungen gegen Braune zu gehen. Entscheidend sind die kommenden Wahlen. Geht da hin und wählt eine der demokratischen Parteien in unserem Land!
- Ich wünsche mir von Politikerinnen und Politikern. Hört auf mit euren Grabenkämpfen und dem Klein-Klein-Denken. Vor allem in Berlin in Regierung und demokratischer Opposition. Versteht doch es geht ums Ganze. Da müssen auch einmal eigene Interessen hinter denen des Landes zurückstehen. Nicht nur bei Sonntagsreden postulieren, sondern auch im Alltag praktizieren!
- Ich wünsche mir von den Journalistinnen und Journalisten, dass sie unter Wahrung der Pressefreiheit noch mehr von dem berichten, was gut läuft und gelingt, wo Menschen menschlich miteinander umgehen und wo Kommunikation gelingt. Das Positive überwiegt bei weitem das Negative, nur wird zu selten darüber berichtet. Blast nicht jeden kleinen Fuzz zu einer großen Blähung auf. Sonst kriegen womöglich auch hier Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, wir lebten in einer Bananenrepublik. Überlassen wir also die guten Geschichten nicht den fake News! Es gilt das Wort

Winston Churchills: „Die Demokratie ist keine besonders gute Staatsform. Aber sie ist die Beste, die ich kenne.“

- Ich wünsche mir von den Juristinnen und Juristen in diesem Land, dass sie wirklich alle Mittel des Rechtsstaats ausreizen, wenn es gegen rechtspopulistische und rechtsextremistische Umtriebe geht. Die Toleranz hört da auf, wo Intoleranz beginnt. Das darf nicht sein!

Ich erinnere an das geflügelte Wort Martin Niemöllers:

„Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.“

Lasst uns also wachsam bleiben und nicht feige werden. Nie wieder - das ist eben Jetzt und Hier!“

Auch im vergangenen Jahr hat sich der Sprecher: innenrat regelmäßig getroffen und aktuelle Entwicklungen in der Erinnerungsarbeit im Saarland und bundesweit im Blick zu halten versucht. In vier Sitzungen am 4. Dezember 2023 in Saarbrücken, 31. Januar 2024 in Ottweiler, am 4. Juni 2024 in Wadgassen und am 4. September in Neunkirchen ging es um Themen wie:

- Austausch zur aktuellen Situation in Israel und dem Nahen Osten. Für die LAGE hat Herr Dr. Frank Hirsch dazu eine Stellungnahme erstellt, die auf unserer Webseite veröffentlicht worden ist.
- zu aktueller Situation berichtet Herr Dr. Burkhard Jellonnek regelmäßig von den Entwicklungen in der Initiative Neue Bremm in Saarbrücken sowie dem Fortgang des Projektes „Homosexuellenverfolgung 1933-1994 an der Saar“.
- Planung des Jahresthemas Provenienzforschung mit einer Exkursion ans Saarlandmuseum in die dortige gleichlautende Ausstellung mit Führungen und den Abend zum Thema mit Frau Dr. Schmitz-Lange im Historischen Museum Saar
- Regelmäßige Berichte von Besuchen von Mitgliedern des Sprecherrates bei Veranstaltungen, zu denen wir eingeladen wurden: z.B. bei der Vorstellung des Buches über Fremdarbeiter bei der Firma Karcher in Beckingen, der Einweihung eines Gedenkraums im Naturfreundehaus Kirkel, einer Filmveranstaltung mit Romani Rose im Saarbrücker Filmhaus (18. Januar 2024)

- Gespräche des Sprechers zur Erinnerungsarbeit im Saarland, u.a. zur Verfolgung der Zeugen Jehova im Saarland mit Herrn Edwin Buchmann, Heusweiler, und Herrn Franz Josef Schäfer, Illingen (17. Juli 2024), mit Herrn Dr. Torsten Mergen, Vorsitzender des Fachverband Deutsch, Landesverband Saarland im Deutschen Germanistenverband und dessen erinnerungspolitischem Engagement in der Bildungsarbeit.
- Teilnahme des Sprechers Frank-Matthias Hofmann an den Sitzungen der Initiative Neue Bremm, wo es um die Sicherung personeller Ressourcen und eine Gesamtkonzeption für diesen Gedenkort geht, es sollen überdachte Räumlichkeiten, ein sog. "Bildungspavillon" entstehen, dass bei Regen Gruppen dort arbeiten können und Besuchende vertiefende Informationen vor Ort erhalten könne, auch durch moderne digitale Medien, die die guten Schautafeln im Freien ergänzen sollen und auch auf die Erinnerungslandschaft im Saarland insgesamt hinweisen.
- Berichte von den bundesweiten Gedenkstättenkonferenzen in Sandbostel, Berlin und Weimar.
- Für alle weiteren Themen und was wir alles wie bearbeitet haben, bitte ich darum, auf der Website in den Protokollen, den Meldungen und dem Newsletter die entsprechenden Berichte und Nachrichten nachzulesen.
- Im Januar 2025 sind wir mit dem Sprecher:innenrat in die neu eingerichtete Geschäftsstelle des Verbandes der Sinti und Roma im Saarland nach Jägersburg eingeladen, dafür Frau Bastian jetzt schon herzlichen Dank.

Jahresthemen 2024 und 2025

Provenienzforschung

Wir haben als Thema für 2024 Provenienzforschung gewählt. Das Thema ist leider etwas sperrig, auch wenn es ein sehr wichtiges Thema in der Erinnerungsbearbeitung ist. Ich erinnere nur an die Diskussion um die Rückgabe der Benin-Bronzen in Berlin oder auch Relikte in einzelnen Museen, wo man über die Herkunft von Ausstellungsgegenständen nichts Genaues weiß, aber manchmal Raubkunst vermuten muss. VII. hätten wir das Thema gleich „Umgang mit Raubkunst“ nennen sollen, dann wäre es womöglich in einer breiteren Öffentlichkeit griffiger gewesen. Die Herkunft in mühevoller Kleinarbeit zu recherchieren, kostet viel Arbeit und Sachverstand. Ich danke Frau Sabine Geith, die sich als meine Stellvertreterin dieses ihres Herzens-Themas prominent angenommen hat und sowohl die Führung in der Modernen Galerie als auch die Abendveranstaltung mit Frau Dr. Carolin Schmitz-Lange von der Uni Biel/Schweiz im Schloßkeller organisiert und moderiert hat. Beide Veranstaltungen waren für die, die dabei waren, sehr aufschlussreich und interessant. Jeweils etwa 25 Teilnehmende waren nach meinem Geschmack etwas wenig, hier hätten wir uns vor allem abends mehr Resonanz gewünscht. Leider haben die Medien, die wir um Vorberichterstattung gebeten haben, nicht mitgespielt. Herr Albert Ottenbreit hat einen Bericht für die Website in Absprache mit dem Saarlandmuseum über beide Veranstaltungen gemacht und Interessierte können das jederzeit nachlesen. Ich bin froh, dass wir heute zum Jahresthema den Impuls von Frau Sophie Berger vom Museumsverband gehört haben. Wir werden das Thema weiterhin auf dem Schirm haben. Wir schließen uns der Forderung des Präsidenten der Stiftung preußischer Kulturbesitz an, der mehr Geld für die Provenienzforschung

gefordert hat. Aktuell sind viele Stellen in der Provenienzforschung an deutschen Museen nur über Drittmittel finanziert, was auch für die Lehrstühle an Universitäten gilt. Es muss dafür gesorgt werden, dass die bundesweit aufgebaute große, Kompetenz in diesem Fachgebiet über Akteure, Archive und Kunsthandel nicht wieder verloren geht!

Sog. „Asoziale“

Für 2025 haben wir uns das Thema der sog. „Asozialen“ vorgenommen. Zunächst war überhaupt nicht klar, ob dieser Vorschlag realisierbar ist, weil es dazu überhaupt keine systematischen Forschungen im Saarland gibt bzw. nur über einzelne Stolpersteinverlegungen zB.in Saarbrücken und Sulzbach dazu etwas bekannt ist, dass diese Gruppe auch im SL betroffen war von Demütigung, Verfolgung und Ermordung. Auch stand zunächst eine Verbindung im Raum, die oftmals in der Gedenkarbeit üblich ist, nämlich „Asoziale und Berufsverbrecher“. Wir haben aber im Sprecher:innenrat von dieser Kombination Abstand genommen, weil es bei Berufsverbrechern sehr schwer ist, zu recherchieren und viele Aspekte zusätzlich bedacht werden müssen, die wirklich eine intensive Recherche erfordern und bedacht werden müssen. Da fühlten wir uns derzeit dann noch überfordert. Wir meinen auch, dass es verkehrt ist, hier nur in dieser Kombination beide Opfergruppen anzusprechen, auch wenn wir wissen, dass beide Gruppen von den Nazis als solche deklariert wurden, waren es aber oftmals weder Asoziale noch Berufsverbrecher.

Damit fielen auch diese Opfergruppen letztendlich falschen und Unmenschlichkeit gebärenden Zuweisungen zu Opfer, die vollkommen unangebracht waren und einer nazistischen Definitionshoheit ausgeliefert waren, die objektiv gesehen nicht nachvollziehbar ist. Es gib nun aber doch einzelne Stolpersteine im Saarland zu dieser Gruppe der NS-Opfer. Und mit Herrn Alfons Ims, der in Mainz am 27. Januar 2024 dazu gesprochen hat, haben wir jemanden aus Kaiserslautern, der gerne auch zu uns ins Saarland kommen würde, um kompetent über diese Opfergruppe zu sprechen. Man hat mit ihm und dem Thema in Mainz sehr gute Erfahrungen gemacht und sich des Themas auf vorbildliche Weise angenommen, wie mir auch mein Pfälzer Pendant Dr. Franz-Josef Ratter bestätigt hast. Auch Herr Prof. Nonnenmacher wäre bereit, in Saarland zu kommen, denn er hat eine Vertretung dieser Opfergruppe auf Bundesebene gegründet, die dieses Tabuthema aufbrechen will und offensiv an die Öffentlichkeit geht. Wir sind gespannt wie dieses Thema angegangen werden kann. Frau Dr. Graf hat dazu recherchiert und dank ihrer Arbeit können wir das Thema auch anhand von Beispielen aus dem Saarland betrachten. Wir hoffen, dass damit weitere Forschungen angestoßen werden und das Thema ja vielleicht auch einmal wie in Mainz am Tag des Gedenkens an die NS-Opfer am 27. Januar auf Landesebene aufgenommen werden könnte. Wir bitten, wenn wir dazu etwas anbieten, um Resonanz, vor allem bei unsren Mitgliedern, aber auch bei einer dann hoffentlich interessierten Öffentlichkeit.

Protokolle, Newsletter, Internetseite

- Ich danke an dieser Stelle besonders Dr. Frank Hirsch, der als Protokollant viel zu tun hat und dies auf hervorragende Weise gestaltet. Wir haben auch beschlossen, die Protokolle nicht mehr vollständig auf die Internetseite zu setzen, da immer auch Interna und Personalien angesprochen werden, die einem besonderen Datenschutz unterliegen. Herr Poehler und ich bereiten die Protokolle dann so auf, dass sie publiziert werden können und die Mitglieder jederzeit kurz nach kurzer Zeit über die wichtigsten Themen informiert sind.

An dieser Stelle Frau Geith und Herrn Poehler Danke, die den newsletter versorgen und dafür sorgen, dass die drei Ausgaben im Frühjahr, Sommer und Herbst erscheinen und von denen, die ihn abonniert haben, gelesen werden können. Danke auch all denen, die Beiträge liefern oder sich anregen lassen, über besonders wichtige Dinge in ihren Organisationen zu berichten. So können wir den newsletter aktueller gestalten. Davon zu unterscheiden sind die „Meldungen“, die auch auf der Website gebracht werden können und nicht ins Format des Newsletters passen. Vielleicht müssen wir hier noch mehr auf die Unterschiede achten und ggfls. anders zuordnen, als ursprünglich angedacht, damit der newsletter nicht überladen wird. Ca. 70 Mitglieder beziehen derzeit den newsletter, denn nicht jedes Mitglied der LAG hat per Mail. Frau Dr. Graf zurückgemeldet, dass es das jeweilige Einverständnis des Beziehers erfordert, den Newsletter in sein Emailpostfach erhalten zu wollen. Wer ihn von Ihnen noch nicht bezieht, sollte überlegen, dies künftig doch zu tun, denn es steckt viel Arbeit da drin.

Frau Dr. Graf danke ich an dieser Stelle, da sie sich intensiv um die *Internetseite* kümmert, und für alle inhaltlichen und auch technischen Fragen zur Verfügung steht und beratend auch unseren Mitgliedern zur Seite steht. Das ist mehr Arbeit als man denkt. Auch wurde durch mehrere Updates die Internetseite auf den aktuellsten technischen Stand gebracht, wir mussten dafür viel Geld zahlen, weil ohne unser Verschulden Updates in der Vergangenheit versäumt wurden, aber auch die LpB hat kräftig mitgeholfen, das finanzieren zu können, auch dafür herzlichen Dank! Alle Mitglieder erhalten auf Anfrage von Frau Dr. Graf einen Zugangsschlüssel, mit dem sie Meldungen für Veranstaltungen auf der Website einstellen können. Es gibt immer noch Mitglieder, die das Angebot nicht nutzen. Wer dies künftig verstärkt tun möchte, kann Frau Dr. Graf darauf ansprechen, sie gibt auch gerne Hilfestellungen, wenn man das zum ersten Mal macht.

Wer Näheres dazu wissen möchte, kann über Frau Dr. Graf oder mich weitere Statistiken über das Nutzerverhalten bezgl. unserer Internetseite abrufen. Wir sind mit dieser Nutzung zufrieden. Gerne können Sie aber alle Interessierten immer wieder auf unsere Internetseite hinweisen, denn besser geht immer! Sie ist ja in gewisser Weise das Herzstück in der Verbindung zu unseren Mitgliedern und für Interessierte an der Erinnerungsarbeit im Saarland, zumal dort auch auf andere Erinnerungsorte und Initiativen hingewiesen wird.

An dieser Stelle möchte all denen danken, die sich in unserer LAGE engagieren: Meinen beiden Stellvertretern, Sabine Geith und Jörn Didas, mit denen man hervorragend

zusammenarbeiten kann. Protokollant Dr. Hirsch, allen Mitgliedern des Sprecher:innenrates für ihr Engagement in den unterschiedlichsten Bereichen. Dr. Harms-Immand und Dr. Graf von der LpB für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und schließloch Ihnen allen, die Sie Ihren Teil dazu beitragen, dass die Erinnerungsarbeit im Saarland aktiv gestaltet und sachkundig gestaltet wird.

Allen ein von Herzen kommendes DANKESCHÖN!

Rahmenkonzept Erinnerungskultur bundesweit

Am 4. März 2024 waren der Verband der Gedenkstätten in Deutschland (VGDF), das Netzwerk der Erinnerungsorte zur NS-Zwangsarbeit in Deutschland, die Arbeitsgruppe der „Euthanasie“-Gedenkstätten, der Arbeitskreis Justizgedenkstätten sowie vevon Verband für das Erinnern an die verleugneten Opfer des Nationalsozialismus e.V. mit jeweils zwei Delegierten bei Bundeskulturministerium zu einem Gespräch zum Entwurf des "Rahmenkonzepts Erinnerungskultur". Im Anschluss daran gab es bei den Teilnehmenden ein einhelliges Bedürfnis, das Rahmenkonzept und das Vorgehen von BKM zu kommentieren. Durch die Dynamik der Ereignisse, die zu einer gemeinsamen Stellungnahme aller Zusammenschlüsse der NS- und DDR-Gedenkstätten führte, hat der VGDF, dem unsere LAGE im Saarland angehört, seine bis dahin ausgearbeitete Stellungnahme zurückgestellt. Ich bin froh darüber, dass es ein gemeinsames Vorgehen und eine einheitliche Reaktion auf das Rahmenkonzept mit der Stellungnahme und den Leitlinien gab. Mittlerweile gibt es ein überarbeitetes Rahmenkonzept, in dem manches unserer Kritik aufgenommen worden ist. Es gibt aber immer noch einige Baustellen, die wir Kulturministerium vorgebracht haben. Auf der Website unseres Verbandes www.gedenkstaettenverband.de findet ihr die oben erwähnte Stellungnahme vom 30. Mai 2024 zum "Rahmenkonzept Erinnerungskultur" von der BKM und zum Runden Tisch am 6. Juni 2024. In dem vom Verband mitgetragenen und formulierten Stellungnahme findet sich auch die LAGE im Saarland vollinhaltlich wieder, was ich auf der Sitzung des VGDF am 22. März 2024 in Berlin in der Stiftung Topographie des Terrors zum Ausdruck brachte. Auf der Website findet man auch Materialien zur Diskussion vom Frühjahr 2024 und was die Presse zur Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes sagt. Auch die neuere Entwicklung seit der Gedenkstättagung in Weimar von Ende September wird dort wiedergegeben. Mit einem Kurzbericht über die Sitzung des Verbandes auf unserer Internetseite warte ich, bis das offizielle Protokoll vorliegt. Die wichtigsten Punkte an der Satzungsänderung sind, dass jetzt auch Einzelpersonen im Verband Mitglied werden und in sog. Fachgruppen mitwirken können. Der Vorstand wird jetzt immer auf drei Jahre gewählt. Leider ist derzeit darin trotz vieler Bemühungen im Vorfeld keine Frau vertreten. Darum will man sich der Folgezeit bemühen. Zwei der sieben Plätze können noch besetzt werden.

Zu guter Letzt **drei wichtige Themen**, die uns und auch mich stark beschäftigt haben. Dabei geht es auch teilweise ans Eingemachte in unserer Erinnerungsarbeit:

1. Antiziganismus

Unser Mitglied, Frau Bastian vom Landesverband der Sinti und Roma im Saarland, hat mich immer wieder darauf aufmerksam gemacht, wie stark die Fälle der antiziganistischen Vorfälle angestiegen sind. Beleidigungen, Angriffe, Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt oder in der Schule, Vorurteile bei Behörden und überzogene Polizeieinsätze mit racial profiling, Friedhofsschändungen wie zuletzt in Wien, sind Formen der Antiziganismus in Deutschland und Österreich. 2023 haben sich die registrierten Fälle verdoppelt. 1233 Vorfälle richteten sich gegen Sinti und Roma. 2022 hatte die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus MIA 621 Fälle registriert. Man unterstellt Sinti und Roma, das sie generell zu dem Kriminellen neigen. Die meisten Fälle sind verbale Stereotypisierungen, gefolgt von Diskriminierung mit 502 Fällen laut MIA-Jahresbericht gab es in 89 Fällen einen Zusammenhang mit der NS-Ideologie. So wurde die Kapelle eines Friedhofs mit Sinti-Gräbern mit Hakenkreuzen beschmiert. In der NS-Zeit wurde eine halbe Million Roma und Sinti ermordet. Und auch nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Diskriminierung weiter, bis in Gerichtsurteile in den 70er Jahren wirkten stereotype Vorurteile gegen diese NS-Opfergruppe nach, beschämend, wie ich meine. Romani Rose, der uns hier im Saarland bei der Vorführung des Dokumentarfilms „Unrecht und Widerstand“ im Januar 2024 besuchte und zu uns einen guten Kontakt pflegt, macht auch Rechtsruck, das Schweigen der Politik zu Übergriffen und den überkommenen Antiziganismus in den Behörden für die Zunahme der Vorfälle verantwortlich. Antiziganismus muss genauso bekämpft werden wie der Antisemitismus, darin sind wir uns alle einig. Von daher begrüße ich es, dass wir heute über einen Antrag von Frau Bastian entscheiden, der die Diskriminierung verurteilt und einen normalen Umgang mit Sinti und Roma in der Gesellschaft, bei Behörden und auch bei der Polizei fordert. Und ich unterstreiche ausdrücklich die Meinung des Zentralrates der Sinti und Roma, die Gräber der unter der nat. soz. Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma zu erhalten und dass die Begräbniskultur der Sinti und Roma einen guten Ansatz mitbringt, die Grabstätten dieser Opfergruppe als Erinnerungs- und Lernorte zu interpretieren, weiterhin zu pflegen und die Pflege auch finanziell vonseiten des Bundes und der Länder zu unterstützen. Entsprechende Verhandlungen gibt es zwischen dem Zentralrat und dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen. Dass Frau Bastian uns eingeladen hat, an der Einweihung des neuen Denkmals für die verfolgten und ermordeten Sinti und Roma im Echelmeyerpark neben St. Michael in Saarbrücken am 24. November mitzuwirken, ist mir von daher eine Ehre. Wir können uns darüber freuen, dass endlich auch im Saarland für die Sinti und Roma eine adäquate Gedenkstätte würdevoll gestaltet wird

2. Antijüdische Äußerungen bei Palästinenserdemonstrationen und Polizeireaktionen

Bei den Palästinenserdemonstrationen in Saarbrücken wurden Plakate hochgehalten, die eindeutig antisemitischen Inhalts waren. U.a. auch die Parole „From the river to the sea“ und Hamasfahnen, wo das Gebiet Israel wie die Umgebung grün eingefärbt war, so daß die Existenz Israels entfernt worden ist. Das sind eindeutige Aussagen, dass man den Staat Israel, den man als „zionistisches Gebilde“ bezeichnet, weghaben möchte, so wie es in der Charta der Hamas ja auch nach wie vor steht. Im Iran tickt eine Uhr, die anzeigt, wieviel Tage angeblich Israel noch existiert. Ich habe

demgegenüber in einem Zeitungsartikel die Polizeibehörden aufgefordert, dies zu unterbinden. Es geht nicht um das Recht, dass Palästinenser hier ihre Meinung, ihren Frust und ihrer Wut frei äußern dürfen, das dürfen sie. Aber manche Aussagen sind von der Meinungsfreiheit eben gerade nicht gedeckt, sondern laufen unter dem Label „Volksverhetzung“. Freilich decken Kultur- und Meinungsfreiheit nicht rassistische, antisemitische, antiziganistische, schwulenfeindliche oder andere Parolen. Auch die Justiz muss ihren Teil dazu beitragen, dass man bei neuen Bedrohungslagen oder neu auftkommenden Parolen gegen die Menschenwürde oder-rechte einschreiten kann.

Meine auch öffentlich geäußerte, gleichwohl maßvolle Kritik am Vorgehen der Polizeibehörden hat mir als LAG-Sprecher ein Gespräch mit der Stellvertretenden Polizeidirektorin Frau Natalie Grandjean und dem Landesvorsitzenden der GdP, Polizeihauptkommissar Andreas Rinnert, im Evangelischen Büro beschert, in dem angesprochen wurde, warum die Polizei nicht früher einschreitet und mit den Demonstrationsanmeldenden darüber redet, was erlaubt ist und was nicht. Denn sonst werden eben volksverhetzende Plakate durch die Stadt getragen und man wundert sich, wieso dies möglich ist. Dabei waren wir uns einig, dass menschenverachtende Parolen oder eindeutig gegen das Existenzrecht Israels gerichtete Parolen oder gar der Ruf „Tod den Juden“ nicht zu dulden sind. In dem Gespräch wurde die Vorgehensweise der Polizei erläutert, dass man - um die Demonstrationsfreiheit zu gewährleisten - die Parolen und Menschen, die diese vertreten, mit Video aufnehme, aber nicht einschreite, um einen geregelten Ablauf der Demos nicht zu gefährden, etwa weil sonst manche sich dann zu Gegenwehr angestachelt fühlen würden und dann die Sicherheit mitunter nicht mehr gewährleistet werden könne, auch für die Passanten. Erst nach Abschluss der Demo greife man dann sich die Leute heraus, die verfassungsfeindliche Parolen mitgetragen oder skandiert hätten.

Es wurde ebenfalls besprochen, dass der Antisemitismusbeauftragte des Saarlandes, Herr Professor Rixecker, Polizei und Ordnungsbehörden in Fortbildungen sensibilisiere, wo antisemitische Aussagen getätigt werden und wie man dabei vorzugehen habe. Zwischenzeitlich hatten auch Gerichte manche Parolen als so gemeinschaftszersetzend bewertet, dass die Politik besser mit gewissen Parolen umgehen könne, ggfls. einschreiten kann und auch Gerichte zum Beurteilen von strafbaren Aussagen eine bessere Rechtsgrundlage haben, um Aussagen als strafbewehrt zu definieren. Insgesamt war es ein gutes Gespräch, das zwar aufgrund einer strittigen Aussage entstandene ist, weil die Polizei sich missinterpretiert fühlte, aber das Ergebnis war Übereinstimmung in den wesentlichen Fragen, wie antisemitische und menschenfeindliche Parolen zu bewerten sind. Die Polizei zeigte sich sensibilisiert und ist in den neueren juristischen Bewertungen und auch in Bezug auf Anfragen an ihr Handeln, warum sie nicht früher eingreift, besser gewappnet und unter Wahrung der Demonstrations- und Meinungsfreiheit werden nun manche Aussagen angezeigt und auch bestraft. Auch werden jetzt im Vorfeld den Anmeldern von Demonstrationen mitgeteilt, welche Plakate gezeigt werden dürften und welche nicht. Von daher hat der zivilgesellschaftliche Protest gegen überzogene oder gegen

das Existenzrecht des Staates Israel bezogene Aussagen etwas genutzt. Wenn man den Kopf weit aus dem Fenster streckt, dass einem dann auch, mitunter Gegenwind um die Ohren bläst, ist klar, ich habe davor auch keine Angst, vor allem wenn politische Fragen, die den Staat Israel betreffen, vermischt werden mit generalisierenden antijüdischen Aussagen, die letztlich doch wieder Jüdinnen und Juden in Deutschland treffen und diese sich als Mitbürgerinnen unwillkommen fühlen müssen.

Dabei sind viele deutsche Juden mit der Politik einzelner israelischer Regierungen ja auch nicht einverstanden, zuletzt hat dies unser Mitglied Frau Kunger bei der 75 Jahr-Feier des Staates Israel in Saarbrücken klargemacht, als sie die Politik von Netanjahu und seiner rechtsgerichteten Minister deutlich kritisiert hat. Wenn wir wieder zu offen oder subkutan geäußerten antijüdischen Stereotypen schweigen würden, würden wir grundlegende Ausrichtungen, die wir in der Erinnerungsarbeit aus der NS-Zeit nach 1945 meinen ziehen zu müssen, nicht mehr ernst nehmen. Der Umgang mit Jüdinnen und Juden hier vor Ort muss aber aufgrund unserer besonderen deutschen Geschichte besonders sensibel betrachtet werden, wir dürfen sie nicht ein zweites Mal im Stich lassen. Lesen Sie die Berichte des Antisemitismusbeauftragten Herrn Rixecker und von RIAS, der Antisemitismus-Meldestelle beim Adolf-Bender-Zentrum in St Wendel, dann merkt man, wie auch hier wie bei den Sinti und Rom Diskriminierungen sich verstärkt haben und auch verbale und tätliche Angriffe das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen. Wenn sich Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht mehr beheimatet fühlen können, ist es höchste Zeit, gegenzusteuern. Wer „Nie wieder ist jetzt“ ruft, muss deshalb an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland stehen. Aus welchen Gründen auch immer sie bedroht werden, haben wir solidarisch an ihrer Seite zu stehen, denn Auschwitz darf sich nie mehr wiederholen.

3. *Antisemitische Inhalte in einem Palästinenserinterview in der SZ vom 19. April 2024 und Reaktionen darauf*

In der Saarbrücker Zeitung(SZ) vom 19. April dieses Jahres wurde vor dem Hintergrund des terroristischen Hamas-Angriffs am 7. Oktober 2023 auf Israel mit über 1200 Toten, der Geiselnahme von 240 Menschen und der darauffolgenden israelischen Bombardierung des Gaza-Streifens ein Gespräch mit einer SZ-Redakteurin geführt. Es ist legitim, den Stimmen von Palästinensern zuzuhören, wenn sie aus ihrer Perspektive von erlittenem Unrecht und Leid berichten. Von daher ist zunächst einmal nichts dagegen zu sagen, dass mit zwei Vertretern im Saarland ein Gespräch geführt wird. Presse- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut, die für alle gelten, die sich an Recht und Gesetz halten. Aber so wenig es ein Recht auf antisemitische oder rassistische Kunst gibt, so wenig gibt es ein Recht auf antisemitische Äußerungen in den öffentlichen Medien. Journalisten haben, wenn sie Interviews führen, kritisch nachzufragen, zu sondieren, einzuordnen, kritisch nachzufragen und darauf zu achten, dass antisemitische, antiziganistische, oder auch neonazistische Äußerungen so nicht stehenbleiben dürfen. Auch die RIAS-Antisemitismus-Meldestelle in St. Wendel hat mir bestätigt, dass die Inhalte Antisemitismen bedienen. Ich meine, dass

in dem Interview vorbereitete Instantfragen abgespult werden, ohne dass kritisch nachgefragt würde oder zu kritisierende Äußerungen zu einer terroristischen Vereinigung in Frage gestellt werden. Jegliche Einordnung fehlt. Zumindest hätte in einem Kommentar dazu eine ausgewogene Sicht der Dinge dargestellt werden müssen oder auch bei einem derart die Gesellschaft spaltenden Thema Pro und Contra gehört werden müssen, wie das ja andernorts in der SZ oft der Fall ist. Es wurden journalistische Grundsätze missachtet. Da ich selbst eine journalistische Ausbildung bei der christlichen Presseakademie durchlaufen habe und mich in diesem Metier auch mich gelegentlich tummle, kann ich beurteilen, was Qualitätsjournalismus ist und was nicht. Ohne in Details gehen zu können, weiß ich auch, dass in der SZ selbst dieses Interview von Anfang an umstritten war- und auch in der palästinensischen Community hat es für Verwerfungen gesorgt, wenn auch aus anderen Gründen. Die Journalistin wirft bestimmte Phrasen und Versatzstücke den Interviewten hin und die sagen dann, was sie wollen, ohne dass nachgehakt wird. Es werden zwei Aktivisten interviewt, die keinerlei Expertise für das Thema sind, aber so tun als seien sie es. Das ist redaktionell untragbar. Ansichten der Hamas dürfen unkritisch übernommen werden. Auf die Nachfrage, ob Hamas eine terroristische Vereinigung ist, gibt es keine Antwort, dies sei alles „zu komplex“. Das Massaker wird nicht eindeutig verurteilt, man rechtfertigt terroristische Gewalt und legitimiert sie gar. Die Journalistin fungierte nur als Stichwortgeberin und hakt nicht kritisch nach. Es wird nicht klar unterschieden zwischen Israelis und Juden in Deutschland. Dazu hatte am 29. September die Synagogengemeinde Saar und die CJAS eine Gegendarstellung in der SZ gebracht, in der die schlechte journalistische Arbeit kritisiert wurde.

In diesen Tagen haben beide Mitglieder der LAGE um Solidarität gebeten und diese haben wir ihnen auch gewährt. Dass dabei nicht jedes einzelne Wort für uns als Nichtjuden denselben Stellenwert haben muss, war klar, aber man kann sich auch nicht bestimmte Aussage herauspicken, die einem passen und andere nicht. Mir ging es um die grundlegende Solidarität mit den Jüdinnen und Juden bei uns vor Ort, die sich verletzt fühlen und deren Sicherheitsgefühl schon vorher beeinträchtigt war. Das haben wir auch in der Erklärung unseres Sprecher:innenrates nach dem Hamasüberfall, die Dr. Hirsch formulierte und die wir am 8. Oktober 2023 auf die Homepage gesetzt haben, beklagt. Ich zitiere. „Wir dürfen uns aber auch nichts vormachen: „Israelkritik“ ist in vielen Fällen nichts Anderes als verkappter Antisemitismus. Im Gewand der Empathie für ein vermeintlich von außen unterdrücktem Volk, für dessen Freiheit man sich einsetzt, reproduzieren sich allzu oft alte Vorurteile. Übersehen wird, dass Israel der einzige demokratische Rechtsstaat in der gesamten Region ist. Nur Israel garantiert im Nahen Osten Freiheitsrechte und eine pluralistische Gesellschaft, in der offen die Regierungspolitik kritisiert werden darf. Zudem sind über ein Fünftel seiner Staatsbürger arabischer Herkunft, die bei den Parlamentswahlen die Politik des Landes mitbestimmen. Demgegenüber herrschen Hamas und Fatah streng autoritär in den Palästinensergebieten auch zu Lasten der eigenen Bevölkerung.“ Auf diese Erklärung direkt nach dem Hamasüberfall des Sprecher:innenrates gab es keinerlei negative Reaktionen, so daß die jüngste Solidarisierung mit den Juden im Saarland nichts Neues darstellte und auf der Linie

dessen liegt, was vom Rat legitimiert ist. Dass die Judenheit dieses Interview als Gefahr für sich sieht, ist die Eigenperspektive von Jüdinnen und Juden im Saarland und das kann von uns auch nicht in Frage gestellt werden.

Wie wurde nun mit diesem Konflikt umgegangen?

Frau Kunger hat ein Gespräch mit der SZ-Chefredaktion geführt, in dem die kritisierten Punkte angesprochen worden sind und daraufhin die Kritik von der website der Synagogengemeinde wie auch unsrer website vom Netz genommen, weil wir nicht weiter Öl ins Feuer gießen wollten. Auch ich habe dazu auf meine Weise Beiträge geleistet. Ich selbst habe als LAG-Sprecher an einem Gespräch mit dem Saarländischen Journalistenverband, Frau Ulli Wagner und Herrn Thomas Sponticcia geführt, und meine Bedenken vorgetragen und ausgeführt, an welchen Stellen im Interview antisemitische Stereotype aufgetaucht und von den Interviewpartnern Terror verharmlost und gerechtfertigt worden ist. Dass in dem Interview öffentlich Antisemitisches äußern zu können in einem Monopolblatt des Saarlandes, widerspruchslos im Gegensatz zur vielbeschworenen „Staatsräson“, zu der das Beharren auf die Unumstößlichkeit der Existenz des Staates Israel gehört, stimmt bedenklich. Dieses Gespräch verlief gehaltvoll und war davon geprägt, dass man in der Journalistik im Saarland bemüht sein sollte, unterschiedliche Sichtweisen zum Nahostkonflikt zu Wort kommen zu lassen, diese aber auch einzuordnen und wo nötig kritisch zu kommentieren. Ergebnis dieses Gesprächs war dann auch, dass der Journalistenverband ein Hintergrundgespräch über Antisemitismus mit Frau Kunger und mir führen möchte. Klar wurde auch, dass niemand an der Presse- und Meinungsfreiheit rühren möchte, aber gute journalistische Arbeit gerade bei Berichten über den komplexen Nahostkonflikt vonnöten ist und man sich da keine Fahrlässigkeit erlauben können sollte.

Dass das Thema Spaltungspotenzial hat, ist uns allen klar. Dass Kritik an der Regierung Netanjahu und den militärischen Operationen geübt werden kann, ist auch kein Antisemitismus. Dass wir in der Erinnerungsarbeit nicht nur gegen jeglichen Antisemitismus sind, sondern auch pauschale antimuslimische Einstellungen nicht wollen, gegen Kriege sind, aber auch anerkennen müssen, dass terroristische Bedrohungen leider Gegenwehr erfordern ist -denke ich- unter uns Konsens. Somit widerspreche auch Autorinnen wie Charlotte Wiedemann, die behauptet, ich zitiere: „Die humanistische Substanz der offiziellen Erinnerungskultur erweist sich als erschreckend dünn – und damit ist auch die Annahme erschüttert, das Gedenken an die NS-Verbrechen werde helfen, künftigem Faschismus und Autoritarismus vorzubeugen. Stattdessen sind wir mit einer repressiven Staatsraison konfrontiert, die das Autoritäre ethisch verkleidet.“

In ihrem Satz „Befreit Palästina von der Schuld der Deutschen“ schwingt die Täter-Opfer-Umkehr mit, denn der Slogan insinuiert: Deutschland sei so fixiert auf die eigene Schuld am Holocaust, dass diese Schuld den Blick auf das Leid der Palästinenser verstelle. Dabei sind die Verbrechen der Deutschen an den Juden zwischen 1933 und 45 beispiellos. Wenn man sich klarmacht, dass seit dem 8. Mai 1945 noch nie so viele Jüdinnen und Juden systematisch ermordet wurden wie am 7.

Oktober 2023, ist ´dieser Slogan geschichtsvergessen und geschmacklos. Aber auch antisemitisch, denn er richtet sich offen gegen alle Juden, indem er unterstellt: Die Juden machten sich im Nachhinein den die Shoa zunutze, begingen im Schatten der Aufarbeitung Verbrechen an den Palästinensern.

Aber dass es solche Stimmen gibt, die sagen, dass unsere deutsche Erinnerungsarbeit mit einem Schuldkomplex aufgeladen sei und unserer Form der Arbeit uns daran hindere, Unrecht an Palästinensern wahrzunehmen, deren Leid nicht zu sehen, nicht kritisch gegenüber einzelner Regierungshandeln in Israel zu sein, kann nicht geleugnet werden, sollte von uns auch geprüft werden. Dem ist aber zu widersprechen, weil es nicht stimmt. Dass Menschenrechte und Menschenwürde in unserer einen Welt unteilbar sind und für alle gelten, ist auch einer der Grundpfeiler unserer Arbeit und nicht verhandelbar.

Und ich zitiere noch einmal von der für die LAGE von Dr. Hirsch verfassten Erklärung: „Die aus europäischer Sicht bequeme Haltung, alle sollen doch bitte mit der Gewalt aufhören, kann sich Israel nicht leisten. Es fällt zudem auf, dass diese Forderung in der Regel erst nach einer israelischen Reaktion erhoben wird. Initiativen wie BDS machen sich zum Handlanger eines mörderischen Regimes im Brustton der moralischen Überlegenheit und der Ignoranz der komplexen historischen Zusammenhänge.“ Es muss noch einmal ganz klar gesagt werden: Hamas und die Fatah wollen keinen Frieden, höchstens einen Waffenstillstand, um dann sich neu für den Krieg gegen Israel formieren zu können. Man will keine Aussöhnung mit Israel, man will die Vernichtung von Israel.

Antisemitismusdefinitionen

Abschließend noch ein paar Worte zu den Antisemitismusdefinitionen. Wir halten uns an die „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ der Internationalen Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), eine zwischenstaatliche Organisation, zu deren Fragen die Bekämpfung des Antisemitismus gehört. In Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern entstand sie in einem Prozess zwischen 2003 und 2016. Eine prominente Stellung nimmt der sog. 3-D-Test ein, der auf den israelischen Politiker Natan Sharansky zurückgeht. Diesem Test zufolge ist Kritik an Israel antisemitisch, wenn sie das Land 1. dämonisiert, 2. delegitimiert und 3. einen doppelten Standard anlegt. Letzteres heißt, in einer vergleichbaren Situation einen schärferen Maßstab an Israel anzulegen als an andere Länder. Diese Definition hat sich international durchgesetzt und wird von einem politischen Mainstream verwendet, so spielte er auch eine Rolle bei der Entscheidung des Deutschen Bundestages zur Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus.

Zum anderen ist da die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (englisch abgekürzt JDA), die 2020/21 explizit als Reaktion auf die IHRA-Definition von einer internationalen Gruppe von Wissenschaftler:innen verfasst wurde und 15 Leitlinien umfasst, davon zehn explizit mit Bezug zu Israel und Palästina. Die Debatte hat insofern politische Relevanz entwickelt, als die Arbeitsdefinition der IHRA inzwischen von verschiedenen staatlichen Einrichtungen politisch angewendet wird, also zum Beispiel als Grundlage für öffentliche Förderung dient. Kernproblem bei der JDA-Erklärung ist, dass sie kein Wort zu den in propalästinensischen Positionen geforderte

Eliminierung Israels verliert. Ich kann hier auf weitere Unterschiede nicht näher eingehen. Wen das interessiert, dem kann ich entsprechende Links zusenden.

Die IHRA-Definition sollte für uns verbindlich sein. Prüfen wir ihre Kriterien an einigen Aussagen, die heute herumschwirren: „From the river to the sea, Palestine will be free!“ Wenn Palästina vom Jordan bis zu Mittelmeer reichen soll, gäbe es Israel nicht mehr. Die Parole delegitimiert das israelische Existenzrecht. Ein klarer Fall von Antisemitismus. „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ Auch dieser Satz ist antisemitisch. Denn Israel wird mit „den“ Juden gleichgesetzt. Die Aussage unterstellt, dass alle Juden in der Welt die Regierungspolitik Israels gut finden und dafür verantwortlich sind. Das ist absurd. Gegen die umstrittene Justizreform der Regierung Netanjahu demonstrieren bis zum 7. Oktober 2023 Woche für Woche Hunderttausende, auch jüngst wieder, um die Geiseln zu retten, soll Netanjahu Kompromisse eingehen. Es kann mit Theodor W. Adorno festgehalten werden, der sagte: „Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden.“ Man muss also nicht wirklich etwas über Juden und Israel etwas wissen, um sie zu hassen. Folgende Aussagen sind hingegen nicht antisemitisch: „Es macht mich wütend, dass bei Angriffen des israelischen Militärs auch Kinder getötet werden.“ Oder „Ich mache mir große Sorgen, ob die israelische Regierung im Gazastreifen das internationale Völkerrecht achtet.“ Natürlich kann und muss man fragen, ob die Streitkräfte Israels verhältnismäßig reagieren.

Antisemitisch hingegen ist zu sagen. „Was die Hamas gemacht hat, ist schlimm, aber die Reaktion Israels ist wirklich keinen Deut besser als das, was die Nazis gemacht haben.“ Hier werden Täter und Opferrolle umgekehrt, indem die Hamas-Terroristen mit den jüdischen Opfern der Nazis gleichgesetzt werden. Der Satz relativiert die Shoa, die systematische Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis. Dieser Kontext ist wichtig, denn oft machen erst Zusammenhänge die Tragweite einer Aussage deutlich: Der Holocaust, dieses Menschheitsverbrechen, hörte erst mit der Niederlage des Deutschen Reiches 1945 auf. Drei Jahre später, 1948, wurde der Staat Israel gegründet. Der Zionismus verfolgte seit Ende des 19. Jahrhunderts das Ziel, die in aller Welt lebenden Juden in das Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan zu führen, das ihnen als das ursprüngliche biblische Heimatland gilt. Dort wollten sie einen eigenen Staat gründen. Der Zionismus war bereits damals eine Reaktion auf die Judenfeindlichkeit Europas, in West- und Osteuropa. Das macht klar, wie groß die Gesamtverantwortung der Europäer und besonders der Deutschlands gegenüber den Juden war, ist und bleibt. Wer nun sagt, die Israelis seien so schlimm wie die Nazis, möchte vergessen machen, dass auch unter den eigenen Vorfahren Täter, Mörder und Nazis waren.

Ich denke, es ist deutlich geworden, warum ich eingangs sagte, dass dieses Thema an den Grundfesten unserer Erinnerungsarbeit rüttelt. Ich meine, wir müssen hier standhaft bleiben, auch wenn uns der Wind aus verschiedenen Richtungen von rechts bis links ins Gesicht bläst.

Noch ein allerletztes: Ich habe mich auch deshalb über dieses Interview so aufgeregt, weil im Hintergrund Gespräche laufen, an denen auch Frau Göbel vom Katholischen Büro und ich vom Evangelischen Büro beteiligt sind. Es geht darum, Verständigung zu suchen in den verschiedenen Einstellungen zu finden, eventuell auch einen „Interreligiösen Rat“ auf Landesebene im Saarland zu gründen. Hier engagieren wir uns für eine Verständigung bei uns im Saarland über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg. Politisch motivierte Konflikte dürfen nicht derart überhandnehmen, dass der gesellschaftliche und religiöse Frieden bei uns im Lande zerstört wird. Irritiert ist er bereits genug. Auch die Staatskanzlei hat ein Interesse daran, Konflikte nicht weiter zu verschärfen, sie nicht derart auf die Straßen zu tragen, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt gestört wird und das friedliche Zusammenleben vor Ort infrage gestellt wird. Das Interview hat nicht nur die eigenen Führungskräfte der Muslime im Saarland bloßgestellt, die an der öffentlichen Verurteilung des Hamasterrorismus von Synagogengemeinde und muslimischen Verbänden beteiligt waren und deren Legitimation in aller Öffentlichkeit in Frage gestellt worden ist. Auch die Bemühungen der Staatskanzlei um Befriedung wurden desavouiert. Und die Gespräche im Hintergrunde für einen Interreligiösen Rat auf Landesebene wurden ganz empfindlich gestört.

Es muss uns um den gesellschaftlichen Frieden, religiöse Toleranz, das Aushalten von Konflikten und den unbedingten Willen zur Versöhnung und Friedfertigkeit bei uns im Saarland gehen. „Versöhnen statt Spalten“ muss doch die Devise lauten. Nicht nur die beiden Kirchen und die Religionsgemeinschaften, auch die Erinnerungsarbeit kann dazu einen nachhaltigen Beitrag leisten, indem wir unsere Themen auch migrantischen Generationen nahezubringen versuchen sollten. Denn wir stehen nach wie vor für das ein, was in unsren Leitlinien so deutlich formuliert worden ist: „Die Erinnerung an die Zeit von 1933 bis 1945, das Gedenken an die Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus, aber auch an den Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror gehören notwendig zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland und sind ein fundamentaler Bestandteil unserer politischen Kultur. Der mit industriellen Methoden verübte Völkermord, der sich mit Namen wie Auschwitz verbindet, ist Teil der deutschen Geschichte. Diese Tatsache wurde nach 1945 vielfach verdrängt, und die Erinnerungsarbeit erfolgte häufig ungenügend. Die nachfolgenden Generationen stehen aber in der Verantwortung, der Opfer zu gedenken und ihnen Respekt zu erweisen. Zugleich bindet sie der Auftrag, die Ursachen der im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen zu ergründen und das Ausmaß des Zivilisationsbruchs zu dokumentieren sowie sich darüber hinaus dafür einzusetzen, dass diese Verbrechen weder relativiert, noch verharmlost oder gar geleugnet werden. Das Geschichtsbewusstsein der nachfolgenden Generationen ist zu fördern und zu stärken. Der Maßstab der wissenschaftlichen und erinnerungspädagogischen Arbeit ist dafür die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.“
Deshalb gilt „Nie wieder ist Jetzt!“

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit und freue mich auf eine lebhafte Diskussion.

